

## DAS BUCH ALS MITTEL ZUM ZWECK

### ÖSTERREICHS VERLAGE ZWISCHEN "STÄNDESTAAT" UND "ANSCHLUß" (1986)

"Der österreichische Schriftsteller, der kein Nazi ist, hat's heute nicht leicht. Er muß nämlich so tun, als ob er einer wäre. Sein Schaffen muß von Kopf bis Fuß auf ‚Blubo‘ (Blut und Boden) eingestellt sein. Sonst findet er nämlich keinen Verleger. Denn der österreichische Verleger schielt nach dem deutschen Absatzmarkt genau so heftig wie der österreichische Filmproduzent dies tut und dort ist alles, was nicht ‚bodenständig‘ ist, ‚Kulturbolschewismus‘. (...) Dazu kommt aber noch das Pech, daß in Österreich die Leser auf die Werke der ‚Blubo‘-Richtung gar nicht neugierig sind. In den privaten Leihbibliotheken sind nämlich die sogenannten ‚kulturbolschewistischen‘ Bücher, die heute in Amsterdam, Prag und Zürich von (beileibe nicht sozialistischen, sondern gut bürgerlichen) Emigranten herausgegeben werden, immer schon auf Wochen vorher vergeben. Es besteht also in Österreich tatsächlich ein Lesebedürfnis nach nicht gleichgeschalteter Literatur, das aber, statt durch österreichische Schriftsteller und Verleger, durch deutsche Emigranten und aus dem Ausland befriedigt werden muß. Wenn es die Emigranten zustandebringen, ohne den deutschen Markt zu arbeiten, warum nicht auch wir Österreicher? (...)"

Dieses Zitat stammt aus einem Artikel "Der Schriftsteller und das Dritte Reich". Dieser erschien in einer von Ernst Karl Winter herausgegebenen Zeitschrift *Die Aktion*, Anfang April 1935 und wurde gleich darauf in der *Wiener Zeitung* abgedruckt.<sup>1</sup> Das Zitat dient zugleich als Auftakt zu einer Beschäftigung mit der Lage im Verlagswesen in Österreich im allgemeinen und mit der Art und Weise, wie einzelne Verleger sich ihre Existenz nach 1933 sicherten. 1935 war nämlich in vielen Hinsichten im Buchhandels und Verlagswesen in Österreich, wie wir auch sehen werden, ein Schlüsseljahr, mehr noch als 1933/34. Wie aus den nicht namentlich gezeichneten Ausführungen in der *Aktion* hervorgeht, gab es im Laufe dieses Jahres – und nicht nur von Ernst Karl Winter ins Rollen gebracht – eine breite Diskussion über den "österreichischen Verlag", über das "österreichische Buch", eine Diskussion, die den eher provinziellen Rahmen der Überlegungen zum Thema "österreichische Sendung", "österreichischer Mensch", "österreichische Mission" usw. sprengte. So patriotisch, so antinazistisch, so energisch und ernst diese Diskussion geführt wurde, so fehlte ihr leider der reale Bezug zum Buchmarkt.

Ein ganz anderes Bild über die ideologischen Verhältnisse im österreichischen Verlagswesen Mitte der 30er Jahre liefert kaum drei Jahre später ein gewisser Leopold Stocker, seines Zeichens Gründer und Inhaber des gleichnamigen Verlags in "Graz, Steiermark, Deutsches Reich", wie er seine Anzeigen im *Börsenblatt* nach dem 13. März 1938 zu zeichnen pflegte. Als Repräsentant der – wie die Eigencharakterisierung heißt – "deutschbewußten Verleger Österreichs" bei der Kantatensammlung des Börsenvereins im Mai 1938 in Leipzig spricht Stocker von der "harten Zeit", die er und Seinesgleichen in den letzten Jahren hätten durchmachen müssen.

"Das Härteste sei jedoch nicht gewesen, daß Bücher verboten und die Verleger verfolgt wurden, sondern daß man sie zu Heuchlern machen wollte, von denen man verlangte,

<sup>1</sup> *Die Aktion*. Organ der österreichischen Arbeiter-Aktion, Wien, 2. Jg., Nr. 14. 6. April 1935, S. 7. *Wiener Zeitung*, Nr. 97, So., 7. April 1935, S. 13.

Greuelpropaganda gegen Deutschland zu treiben. Die deutschen Kollegen können sich daher wohl vorstellen, wie glücklich die österreichischen Verleger heute sind, nun wieder so schaffen zu können, wie es ihr Blut und ihre Verbundenheit mit dem deutschen Volke befiehlt.”<sup>2</sup>

Zwei gegensätzliche Standpunkte also. Mögen die Ausführungen in der *Aktion* leicht übertrieben sein, so waren die Feststellungen Stockers falsch und so rührend, daß einem beim Lesen fast die Tränen kommen könnten. In der Wendung “Nun wieder so schaffen zu können” ist das “wieder” leider deplaziert. Denn, wenn es für österreichische Verleger tatsächlich ‘harte Zeiten’ in jener “Kampfzeit”, in der “Systemzeit” gab, dann lag es an der Schrifttums-, Wirtschafts- und Handelspolitik in Nazi-Deutschland. Nach den politischen Umwälzungen in Deutschland im Jahre 1933 war in einem bis dahin schwer vorstellbaren Ausmaß das Zeitalter der politisierten Kunst und Literatur angebrochen. Deutsche Dichtung wurde in schrifttumspolitischen Ziele eingebunden, wurde Werbemittel für die neue deutsche Weltanschauung, verkaufte sich aber nebenbei bemerkt denkbar schlecht. Diese faschistische Ideologie hatte natürlich ihre Auswirkungen auf den gesamten Buchhandel – erinnert sei an die ganze Kammerwirtschaft, die in Deutschland errichtet wurde, – und Österreich blieb da nicht verschont. Eines aber blieb im wesentlichen unberührt: die Marktverhältnisse, sprich, Abhängigkeiten. In Wirklichkeit haben wir es mit einer dreifachen Abhängigkeit des Buch- und Verlagshandels vom deutschen Markt und von der deutschen Produktion zu tun: Nach diversen Schätzungen Anfang der 30er Jahre verlegten etwa 90% der erfolgreichen, bekannteren österreichischen Schriftsteller ihre Werke in Deutschland, das auch das Hauptabsatzgebiet war. Etwa acht von zehn Büchern, die österreichische Händler verkauften kamen aus Deutschland. Und schließlich setzten österreichische Verlage Mitte der 30er Jahre durchschnittlich 75% ihrer Produktion, in manchen Fällen mehr, in manchen weniger, in Deutschland ab. Selbst die belletristischen Verlage, die *nicht* “schon immer” für Nazi-Deutschland genehme Literatur produzierten – es handelt sich hier um eine Minderheit – mußten sich der neuen Zeit so oder so anpassen, wollten sie finanziell überleben. Daß sie sich den schrifttumspolitischen und/oder wirtschaftlichen Interessen Deutschlands beugen mußten, kann vorausgeschickt werden. So müssen wir in Antwort auf die Frage, wie österreichische Verlage existieren konnten uns zwar auch mit den Produktionsbedingungen in Österreich selber, aber zum überwiegenden Teil mit den Beziehungen zu Deutschland befassen. Ein Beispiel dafür, wie man sich mit der neuen Zeit zurecht finden konnte, liefert Österreichs größtes belletristisches Verlagsunternehmen, der Paul Zsolnay Verlag. Schon ab 1933 war Zsolnay, eben als “Judenverlag” (Anführungszeichen!!) manchen Nazi-Literaturbeobachtern, wie z.B. Will Vesper, Herausgeber der Zeitschrift *Die Neue Literatur*, ein Dorn im Auge. Auf die Kontroverse Zsolnay-Autoren betreffend rund um die PEN-Club-Tagung in Dubrovnik 1933 kann hier nicht eingegangen werden. In Österreich entfachte sich 1935 eine regelrechte Kampagne gegen Zsolnay, wie die eingangs zitierten indirekten Attacken zeigen. Unmittelbar nach Erscheinen wurden zwei prominente Wiener Verleger, Ernst Peter Tal und Paul Zsolnay von der Wiener Wochenzeitung *Der Morgen* gebeten, zum Vorwurf, der Nicht-Nazi-Autor in Österreich tue sich schwer, einen Verlag zu finden,

<sup>2</sup> *Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel*, Nr. 122, 28. Mai 1938, S. 430.

Stellung zu nehmen. Aufmacherüberschrift: "Österreichs Verleger – Nazifreunde?"<sup>3</sup> Tal wies den Vorwurf von sich, meinte aber, "es sei jedoch nach Lage der Dinge ganz klar, daß es auch in Österreich bereits eine unwillkürliche Zweiteilung der Verlage gäbe, nach dem Gesichtspunkt, ob sie im Dritten Reich "rassisch" genehm sind oder nicht, Das hat in der Regel mit der Weltanschauung der betreffenden Inhaber dieser Verlage gar nichts zu tun." Zsolnay wandte sich auch energisch gegen den Vorwurf, er habe sich illoyal verhalten und ungenehme Autoren fallen lassen. Zsolnay wörtlich:

"Der Verlag Paul Zsolnay kann mit gutem Gewissen behaupten, die Interessen seiner österreichischen Autoren nach wie vor streng zu wahren. Ich habe keinen einzigen meiner früheren österreichischen Autoren aufgegeben. Richtig ist wohl, daß ich auf verschiedene Schriftsteller, die mehr oder weniger offene Gegner des heutigen offiziellen Deutschland sind, verzichtet habe, doch sind dies ausschließlich Ausländer gewesen."

Dennoch blieb *Die Aktion* bei ihrer Behauptung, "daß österreichische Schriftsteller, die nicht bereit sind, an das ‚Dritte Reich‘, also an den Nationalsozialismus, Konzessionen zu machen, von den meisten österreichischen, und speziell Wiener Verlegern nicht verlegt werden."<sup>4</sup> Zu den Zsolnay-Kritikern gesellte sich die inzwischen sehr gesittete und Anti-Nazi-eingestellte *Stunde*, als sie in einem Bericht über "Verlagsgeschäfte im Zeichen des Dritten Reichs" folgendes schrieb:

"Sonst kommt allerdings der Verlag Zsolnay, der sich energisch dagegen verwahrt hat, dem Dritten Reich zuliebe Autoren aufgegeben zu haben, dem Nationalsozialismus sehr entgegen. (...) Der Verlag bietet auch außerösterreichischen Autoren, die aus ihrer nationalsozialistischen Gesinnung keinen Hehl gemacht haben, Unterkunft, so Frank Thieß, Jakob Schaffner und er veröffentlicht gerade jetzt viele Bücher reichsdeutscher Herkunft."<sup>5</sup>

Aber mit ihrer Kritik, Zsolnay komme "dem Nationalsozialismus sehr entgegen", kratzten die Zeitungen erstaunlicherweise nur an der Oberfläche. Als der Verlagsinhaber gegen Ende 1935 als Kandidat für die Verwaltungskommission des Verlagsförderungsfonds – ich komme noch darauf zu sprechen – im Gespräch war, teilte ein Referent des Preßbüros der Wiener Polizei dem Handelsministerium in einem Leumundszeugnis Mitte Dezember 1935 "nachträglich" folgendes mit:

"Laut mehrerer hieramts eingelangter Anzeigen soll die Firma Paul Zsolnay Verlag eine getarnte nationalsozialistische Kulturorganisation sein. Die diesbezüglich gepflogenen Erhebungen ergaben, daß der Paul Zsolnay Verlag mit Rücksicht auf den Umstand, daß das Deutsche Reich das Absatzgebiet für nahezu 70% der von ihm verlegten Werke darstellt, sich aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage sieht, den Verlag von in Deutschland verbotenen Autoren zu übernehmen. (...) Im übrigen sind die von Paul Zsolnay verlegten Werke frei von jeder Verherrlichung des nationalsozialistischen Regimes und irgendwelchen auch nur versteckten Angriffen gegen Österreich. Nach Äußerungen von Personen, welche angeblich den Verlag genau kennen, soll derselbe ein ungarisch-

---

<sup>3</sup> *Der Morgen* (Wien), 8. April 1935, S. 11.

<sup>4</sup> "Verlegene Verleger", in: *Die Aktion*, 2. Jg., Nr. 15, 13. April 1935, S. 4f.

<sup>5</sup> *Die Stunde* (Wien), 11. April 1935, S. 3.

jüdisches Unternehmen sein.“<sup>6</sup>

Die Wendung “getarnte nationalsozialistische Kulturorganisation” war keine Phantasie, nur: in vielen Fällen war die Wiener Polizei unerhört gut informiert über Vorgänge und einzelne Persönlichkeiten, in diesem Fall aber nur halb im Bilde. Wie bereits angedeutet, mußten Verleger wie Zsolnay nach 1933 Konzessionen machen, um ihre Marktposition zu halten. Einer Umfrage 1935 zufolge, setzte Zsolnay ca. 70% seiner Produktion in Deutschland, 12% in Österreich, und den Rest im übrigen Ausland ab. Mein Kollege Gerhard Renner hat nun in Berlin ein Dokument gefunden, das indirekt die Frage beantwortet, wie ein Verlag, in diesem Fall Zsolnay existieren konnte. Es erhellt nämlich das Verhältnis des Zsolnay-Verlags zu nationalen bzw. nationalsozialistischen österreichischen Autoren ab 1934. Es handelt sich um eine von zwei nationalen österreichischen Autoren, Otto Emmerich Groh und Erwin Rainalter verfaßte Denkschrift. So sei Paul Zsolnay im Frühjahr 1934 an nationale österreichische Dichter mit dem Angebot herangetreten, “seinen Verlag ihnen zur Verfügung zu stellen.”<sup>7</sup> Das unmittelbare Resultat war, daß ein Vertrauensmann der Landesleitung der NSDAP in Österreich, der Reichsdeutsche Hermann Leber, die Leitung des Lektorates übernehmen sollte und daß etwa ein Dutzend nationale Autoren im Zsolnay-Programm auftauchten. Bis zur endgültigen, widerrechtlichen Auflösung des Verlags blieb er ein deutsch-österreichischer Zwitter. Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß Zsolnay 1929 einen Schweizer Ableger gründete, der 1934 in “Bibliothek zeitgenössischer Werke” umgetauft wurde, und daß er in diesem sogenannten “Ghetto-Verlag” rassistisch nicht genehme bzw. verbotene Autoren unterbrachte. Nach 1935 produzierte dieser Verlag allerdings nichts mehr. Ein anderer Verleger, E.P. Tal, hingegen, riskierte seinen ganzen deutschen Absatzmarkt, indem er in Zusammenarbeit mit dem Amsterdamer Allert de Lange Verlag, seine unerwünschten Autoren dort unter Tarnnamen veröffentlichen ließ. Als dies bekannt wurde, zahlte er auch einen Preis dafür.

Der Anpassung und der Gleichschaltung in Österreich sollte aber nachgeholfen werden und der Einfluß der nationalsozialistischen Bewegung auf kulturellen Gebiet vergrößert werden. So liest man in einem vertraulichen Bericht der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom April 1936, daß “der Einfluß des deutschen Verlagswesens auf den österreichischen Büchermarkt und vieles andere (...) unablässig beobachtet und überprüft werden (müßten). In folge der Abhängigkeit vom deutschen Verlagswesen werden österreichische Schriftsteller und Gelehrte indirekt in ihrer Schreibweise beeinflusst.”<sup>8</sup> Bei dieser indirekten Beeinflussung sollte es aber nicht bleiben. Wie konnten die Herren im Propagandaministerium in Berlin ihr Ziel

<sup>6</sup> Österr. Staatsarchiv (ÖSta), Abt. Allg. Verwaltungsarchiv (AVA), Bundesministerium für Handel und Verkehr (BMfHuV), Geschäftszeichen: 570; Grundzahl: 106.248-9a/1935; Zl. 112.608-9a/1935.

<sup>7</sup> Zitiert nach Gerhard Renner: Österreichische Schriftsteller und der Nationalsozialismus: Der “Bund der deutschen Schriftsteller Österreichs” und der Aufbau der Reichsschrifttumskammer in der “Ostmark”. phil. Diss. Wien 1981, S. 140.

<sup>8</sup> Information über den gegenwärtigen Stand der nationalsozialistischen Bewegung in Österreich, 4. April 1936. Bundeskanzleramt (BKA), Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit (Gendion), Zu Z. G.D. 319.439.St.B. Zitiert nach *Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Die Gerichtlichen Protokolle, mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten.* Wien 1947, S. 472.

besser erreichen, als durch die Einstellung von Emissären, von Exponenten des Nationalsozialismus in österreichischen Verlagen? Mitte September 1935 erhielt der damalige Minister für Sicherheit und Inneres Baar-Baarenfels eine vertrauliche Nachricht aus Linz: Der Inhalt:

"In der nächsten Zeit werden zahlreiche deutsche Naziführer zu Organisationszwecken der illegalen Nazi nach Wien kommen. Die meisten von ihnen werden in österreichischen Verlagen als Lektoren eintreten. Man erteilt ihnen auch ohne weiteres Arbeitsbewilligungen, weil sie den Firmen, bei denen sie sich um Posten bewerben, erklären, daß sie über ausgezeichnete Beziehungen zu den zentralen Stellen der reichsdeutschen Nazi verfügen und imstande sind, den bisher stillschweigend gehandhabten aber lückenlos durchgeführten Boykott österr. Literaturerzeugnisse aus der Welt zu schaffen.<sup>9</sup>

Der vertrauliche Hinweis nannte auch zwei Namen, das waren Sven Schacht, Neffe des deutschen Wirtschaftsministers und Theodor Görlitz, der "in der nächsten Zeit eine Stelle als Verlagslektor in dem als nazifreundlich bekannten Eckart-Verlag antreten wird. Auch zur Reichspost soll demnächst ein reichsdeutscher Verlags-sachverständiger in leitender Stelle kommen" (ebda.). Görlitz bekam Arbeit über Empfehlung von Rudolf Henz. Nach Einweihung hoher Regierungsmitglieder ließ die Generaldirektion sich einen Bericht vom Preßbüro der Polizeidirektion Wien zukommen, Die Antwort der Polizei läßt allerdings große Zweifel an der Effizienz von deren Nachrichtendienst aufkommen:

"Eine Einstellung nationalsozialistischer Emissäre in österreichischen Verlagen konnte bisher nicht festgestellt werden und sind derartige Vorgänge auch der Buchkaufmannschaft Wien (...) nicht bekannt geworden, obwohl diese Organisation über sämtliche Vorgänge im Wiener Buchhandel gut informiert zu sein scheint."<sup>10</sup>

Angesichts der eindeutigen politischen Einstellung mancher Herren in der Standesvertretung war das ja auch kein Wunder. So eindeutig wie die Polizei sie darstellte, war die Situation allerdings nicht. So erfreute sich der – wohl bemerkt jüdische – Verlagsleiter des Zsolnay-Verlags der besten Beziehungen zu hochrangigen Beamten des Propagandaministeriums. Der vorhin erwähnte Görlitz, ehemals hoher Beamter der Reichsschrifttumskammer, fand Beschäftigung später beim jüdisch-liberalen Saturn Verlag des Frederick Ungar. Nach dem "Anschluß" wurde der Verlag, wie es so schön heißt, "arisiert". Als einziger arischer Angestellter bekam Görlitz den Verlag im April 1938 zum Null-Tarif. Freilich wäre die Einstellung solcher Emissäre in betont nationalen belletristischen Verlagen wie Leopold Stocker, Verlag Das Bergland Buch, Augarten Verlag, Tieck-Verlag (er gehörte Mirko Jelusich), Adolf Luser Verlag, Eckart-Verlag und F.G. Speidel'sche Verlagsbuchhandlung, die 90% seiner Bücher in Deutschland verkaufte, verlorene Liebesmüh' gewesen. Aber die mächtigste Nazi-Waffe gegen österreichische Verlage im allgemeinen war handels- und wirtschaftspolitischer Natur. Im Jahre 1935 erfolgte der Gleichschaltung zweiter

<sup>9</sup> ÖSta, AVA, BKA, Gendion, 22 gen, Karton 5006, Zl. 360.863-St.B. G.D. 36. Nachricht vom 10. September 1935.

<sup>10</sup> Ebenda, Zl. 373.601-G.D. St.B.-35. (= Bundes-Polizeidirektion Wien, Pr.Zl. IV-11496/2/35. Wien am 28. Dezember 1935)

Schritt, diesmal im Ausland. Wie kam es dazu? Im Jahre 1934 war die reichsdeutsche Wirtschaft in einem katastrophalen Zustand: die Exporte waren im Schrumpfen, die allwichtigen Devisenbestände im Sinken, die Zahlungsbilanz passiv und das Handelsbilanzdefizit im Steigen begriffen. Der für die expandierende Kriegs- und Rüstungswirtschaft nun besonders akute Rohstoffmangel machte eine völlige Umkrepelung des Wirtschaftssystems notwendig. So führte man die totale Staatskontrolle über Außenhandel und Devisenbewirtschaftung ein. Sie war Grundpfeiler des im September 1934 verkündeten "Neuen Plans", wonach Importe der für die Kriegswirtschaft weniger wichtigen Waren eingeschränkt und Exporte zwecks größerer Deviseneingänge vermehrt werden sollten. Um Exporte zu forcieren und mehr Devisen ins Land zu bringen, entschied man sich u.a. für eine Dumping-Praxis. Das heißt, man verkaufte deutsche Waren im Ausland zu Schleuderpreisen, und zwar deutsche Waren im Ausland zu Schleuderpreisen, bis zu 50% unter dem Einstandspreis im eigenen Land. Im Durchschnitt lag die Preissenkung bei 25% und betraf alle möglichen Industriewaren von Stahl bis Seidengespinsten. Exporteure wurden theoretisch über sog. Exportsausgleichskassen entschädigt. Die unter den deutschen Ministern sehr umstrittene Entscheidung, Bücher in die Exportförderungsaktion einzubeziehen, traf der Propagandaminister Joseph Goebbels allein. Und schon deshalb hatte der Plan von vornherein weniger einen wirtschaftlichen als einen propagandistischen Anstrich. Freilich wurde das deutsche Buchdumping – die Ladenpreise für deutsche Bücher in Österreich wurden um 25% gesenkt – wirtschaftlich begründet: Schuld an der Verteuerung deutscher Bücher im Ausland wären die Abwertungen fast aller wesentlichen Währungen gewesen. Dazu ist zu bemerken, daß Deutschland sich weigerte, seine Währung abzuwerten. Kulturpropaganda dürfte aber auch nicht fehlen, handelte es sich aus deutscher Sicht ja um eine kulturelle Weltbeglückung. Es gehe ja hier schließlich und endlich darum, "der internationalen geistigen Zusammenarbeit einen Dienst zu erweisen."<sup>11</sup> Deutsche Geistesprodukte also als Werbung für den Nationalsozialismus. Man habe sich zu dieser Beglückung entschlossen, "aus der Erkenntnis heraus, daß ohne das deutsche Buch die weitverstreuten auslandsdeutschen Volksgruppen allzu leicht von dem geistigen Leben der Gesamtnation abgeschnitten werden."<sup>12</sup> Man kommt der Wahrheit näher, wenn man die Lage der gesamten deutschsprachigen Buchproduktion ansieht. Seit 1928 verzeichnete sie nämlich einen deutlichen Abwärtstrend und erreichte ihren absoluten Tiefpunkt im Jahre 1934. Ja gemessen an den Zahlen für das Jahr 1925 war die Produktion um ein Drittel gesunken. Diese Entwicklung hing gewiß mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage zusammen – Arbeitslosigkeit, verminderte Kaufkraft, Firmenzusammenbrüche und dgl. Aber auch daß allgemein verminderte Verlangen nach nazideutschen Geistesprodukten ließ spürbar nach. So teilte ein österreichischer Standesvertreter den Börsenverein im Frühjahr 1935' unverblümt mit:

---

<sup>11</sup> Streng vertraulichte Erläuterungen der Präsidenten der Reichsschrifttums-, Reichsmusik- und Reichspressekammer zur Anordnung über die Exportförderungsaktion für Bücher. Zitiert nach der Abschrift in: ÖSta, AVA, BMfHuV, Geschäftszeichen: 570; Grundzahl: 106.248-9/35; Zl. 106.136-9/35.

<sup>12</sup> Aussendung des Deutschen Auslandsinstitutes in Stuttgart. Zitiert nach *Wiener Zeitung*, 29. Oktober 1935, S. 7.

Hauptsächlich kann (...) gesagt werden, daß der Auslandsdeutsche vom deutschen Buch nicht immer in der Weise befriedigt wird, wie es seiner Anschauung und seinem Geschmack entspricht. Da hilft natürlich keine Verkaufspreissenkung und keine erhöhte Rabattgewährung ab.<sup>13</sup>

Obwohl die österreichische Landesvertretung die Preissenkung monatelang entschieden ablehnte, fühlte sie sich gezwungen, sich dem Diktat zu beugen. Goebbels-Stellvertreter Wismann teilte dem Auslandsbuchhandel mit, man würde sie mit oder ohne Zustimmung durchführen. Das Diktat wäre von österreichischer Seite durchaus abzuwenden gewesen, wenn unter den Sortimentern, Buchhändlern und Verlegern die kleinste Spur einer Geschlossenheit vorhanden gewesen wäre. Der Schweizer Buchhandel z.B. lehnte ein Mitmachen glattweg ab und legte auch Gründe vor: 1) Im deutschen Bücherdumping werde eine Kulturpropaganda erblickt, die er strikte ablehne. 2) Das Dumping bedrohe den schweizerischen Verlag. 3) Das Sortiment verzichte auf die augenblicklich gebotenen Vorteile und halte an der prinzipiellen Ablehnung fest.<sup>14</sup> Die österreichischen Kollegen regten sich darüber auf, daß man überhaupt von "Dumping" sprach.<sup>15</sup> Der Schweizer Bundesrat verabschiedete sofort ein Gesetz, das die Einfuhr von deutschen zu Dumpingpreisen unter hohe Strafen stellte. In Österreich aber tickten die Uhren anders. Dazu der treffende Kommentar des E.P. Tal Verlags: "Die Buchhändler denken gar nicht daran, den österreichischen Verlag in den Vordergrund zu schieben. Im Gegenteil. Sie sind zum Teil Nazis, und wenn schon nicht das, so doch natürlich Geschäftsleute; das gedumpte deutsche Buch ist ihnen bequem, weil billiger und die Verdienstspanne größer. Wir sind also auf dem Inlandsmarkt ungeschützt."<sup>16</sup> So kam es, daß Verleger und Buchhändler, die an sich auf einander angewiesen waren, zu natürlichen Gegnern wurden.

Die österreichische Presse war über die Einführung der 25%-igen Ermäßigung für deutsche Bücher ab 9. September aufgebracht und warf dem Verein Geldgier, Verrat und Opportunismus vor. Schlagzeilen wie: "Nationalsozialismus zu ermäßigten Preisen",<sup>17</sup> "Die Propagandaaktion des Herrn Goebbels"<sup>18</sup>, "Verschleudern unter staatlicher Beihilfe"<sup>19</sup>, "Das 'Geschenk' der 25%"<sup>20</sup>, und "Verstärkte Nazi-propaganda gegen Österreich"<sup>21</sup> zeigen, wie sie die deutsche Aktion interpretierten. Der Clou der ganzen Sache: der Ladenpreis für das reichsdeutsche Buch wurde um 25% gesenkt,

<sup>13</sup> Schreiben des Vereins der österreichischen Buch-, Kunst- und Musikalienhändler vom 1. März 1935 an den Börsenverein in Leipzig. (Archiv, Buchgewerbehaus Wien, Verein 1935, Mappe 422) An dieser Stelle möchte ich dem Archivar, Herrn Dr. Karl Megner, für seine Unterstützung und Hilfe herzlich danken.

<sup>14</sup> Schreiben des Schweizerischen Buchhändlervereins, Basel, vom 30. September 1935 an den Verein in Wien. (Archiv, Buchgewerbehaus, Verein 1935, Mappe 422.)

<sup>15</sup> Siehe "Unsere Stellungnahme zur Buchpreissenkung": "Die gefertigten Sortimentsbuchhändler gestatten sich als unmittelbar Betroffene der fälschlich als 'Dumping' bezeichneten Verbilligung deutscher Bücher, (...)" (Verein 1935, Mappe 423.2)

<sup>16</sup> Vertrauliches Schreiben des E.P. Tal Verlags vom 24. August 1937 an Hofrat Dr. Konrad Thomasberger vom Bundesministerium für Unterricht (BMU), Abt. 6b. (Östa, AVA, BMU, Geszahl: 25.962-37).

<sup>17</sup> *Der Österreicher*, 11.10.1935.

<sup>18</sup> *Die Stunde*, 11.9.1935.

<sup>19</sup> *Sturm über Österreich*, 6.10.1935.

<sup>20</sup> *Reichspost*, 24.9.1935.

<sup>21</sup> *Der Heimatschützer*, 28.9.1935.

nur der Rabatt für den österreichischen Buchhändler, d.h. Wiederverkäufer, wurde vom alten Preis gerechnet und den Sortimentern wurde eine Vergütung der durch die Senkung verursachten Lagerverluste versprochen. Ein prominenter österreichischer Kulturmensch, Guido Zernatto, ein illustrierter Vorläufer heutiger Multifunktionäre teilte den allgemeinen Pessimismus der Presse und der Verleger ganz und gar nicht. Er nahm in der *Neuen Freien Presse* öffentlich Stellung und meinte, die Preissenkung wäre "prinzipiell zu begrüßen". Zernatto wörtlich:

Hier die Verbilligung von fast neun Zehnteln der Gesamtheit aller verkauften Bücher; hier die Erleichterung der Verbreitung von mehr als neun Zehnteln des österreichischen Antheiles an der deutschen Dichtung, hier die Ermöglichung wesentlich größerer Anschaffungen in Volksbibliotheken und wissenschaftlichen Instituten – dort die wirtschaftlichen Einbuße eines verhältnismäßig kleinen Kreises von österreichischen Verlegern.<sup>22</sup>

Nur vergaß er zu erzählen, daß österreichische Autoren in deutschen Verlagen vom Verkauf ihrer Bücher in Deutschland zwischen 1933 und 1938 kaum Nutzen ziehen konnten, auch nicht nationale Koryphäen wie Karl Hans Strobl<sup>23</sup>. Auf deutschen Konten lagen Millionenbeträge zinsfrei, die nicht – in nennenswerter Höhe – nach Österreich transferiert werden. Auch österreichische Verlage konnten nur bedingt über ihre Guthaben in Deutschland verfügen.

Wie die interessierte Öffentlichkeit auch, meinte Zernatto, man müsse den Verlagen helfen, seiner Ansicht nach aber "wenn die Produktion dieses österreichischen Verlages so ist, daß sie in den Rahmen eines christlichen und deutschen Staates hineinpaßt"<sup>24</sup>. Abgesehen davon, daß die künftige "Förderung" nicht so ausgerichtet war, konnte man, wie Zeitgenossen bemerkten, nie ganz wissen, *welcher* Zernatto hier seine Meinung kundgetan habe: der Schriftsteller, der Bundeskulturrat, der Vize-Präsident des Österr. Bundesverlags, der Geschäftsführer der Buchhandlung Braumüller, der Präsident des katholischen Schriftstellerverbands, der Zeitschriftenredakteur, der Vertreter der Autorenschaft bei der Österr. Kunststelle oder gar das Mitglied des Sachverständigenkollegiums für Urheberrecht. In den kommenden Monaten bekam er noch weitere Posten und Pöstchen.

Vor dem Hintergrund einer engagierten Pressekampagne zu Gunsten des österreichischen Verlags, die sich in Überschriften wie "Kampf um das österreichische Buch"<sup>25</sup>, "Die Abwehr des deutschen Buchdumpings"<sup>26</sup>, usw. ausdrückte, zahlreicher Eingaben österreichischer Verleger an diverse Ministerien und Bundeskanzler Schuschnigg sowie einer wütenden Gegenkampagne der Sortimenter befaßte sich der Ministerrat mit dem Thema "Schutz des österreichischen Verlags" erstmals am 25. September 1935. Es war der vorletzte Tagesordnungspunkt – nach "Monatsvorschlag für Oktober 1935" und vor "Ankauf von Roggen im Ausland"<sup>27</sup>. Am selben Tag befaßten sich die Minister mit zwei für literarisch und künstlerisch Schaffende in

<sup>22</sup> *Neue Freie Presse*, 25.9.1935.

<sup>23</sup> Dazu Renner, S. 102ff. Auf diese Frage gehe ich in meiner Verlagsgeschichte der Ersten Republik ausführlich ein.

<sup>24</sup> Siehe Anm. 22.

<sup>25</sup> *OeZ am Abend*, 21.9.1935.

<sup>26</sup> *Sturm über Österreich*, 22.9.1935.

<sup>27</sup> Zu dieser Frage siehe ÖSta, AVA, Ministerratsprotokolle, Ministerrats-Protokoll, Nr. 1009 vom 25. September 1935, Karton 191.

Österreich äußerst wichtigen Materien, nämlich dem Urheberrechtsgesetz und dem Verwertungsgesellschaftengesetz. Der Ministerrat beauftragte das Handelsministerium im Einvernehmen mit dem Unterrichts- und Finanzministerium einen Gesetzesentwurf auszuarbeiten, der in Richtung Abgabe auf verkaufte Bücher hinauslief. Am 30. November wurde das Gesetz zur Schaffung eines Fonds zur Förderung des österreichischen Verlags debattiert und verabschiedet.<sup>28</sup> Mit Rücksicht auf das laufende Weihnachtsgeschäft wurde das Gesetz erst am 28. Dezember verlautbart und trat am 1.1.1936 in Kraft<sup>29</sup>. Kernstück war die Verwaltungskommission des sog. Verlagsförderungsfonds. An deren Zusammensetzung scheiterte letztlich das notwendige und gutgemeinte, aber trotzdem unzulängliche Gesetz. Sie bestand aus drei Staatskommissären von den betreffenden Ministerien, einem Obmann, zwei Stellvertretern, sechs Mitgliedern sowie sechs Ersatzmitgliedern. So weit war alles demokratisch und zweckmäßig. Nur: die Posten wurden unsinnigerweise paritätisch besetzt, so daß der Verlag – vom belletristischen Verlag darf man gar nicht reden – so gut wie gar nicht vertreten war. Statt dessen waren es wieder die Multifunktionäre und vor allem die mächtigen Buchhändler, die das Gesetz bis zuletzt mit allen Mitteln bekämpften, die das Sagen hatten. Mit Ausnahme eines Ersatzmitglieds wurde die Kommission auch judenfrei gehalten. Fast alle Mitglieder waren bei der Vaterländischen Front, mehrere schon lange NSDAP-Mitglieder oder deren Sympathisanten – obwohl die Polizei in deren Leumundszeugnissen davon gar nichts wußte. So bekam die Obmannstelle nicht – wie geplant – “ein bibliophiler Staatspensionist”, sondern der Justizminister und österreichische Barde Hans Hammerstein-Equord. “Aus dem Kreise der Schriftsteller” hatte man zwischen vaterländisch-katholisch und betont national zu wählen. Rein zufällig wurde der unterbeschäftigte Guido Zernatto auserkoren. Genauso zufällig – man übergang alle Vorschläge – wurde der unterbeschäftigte Dichturfürst Hans Nüchtern von der RAVAG bestellt. Wo man in diesen Zeiten nur hinschaute, sah man das Quartett Hammerstein–Henz–Zernatto und Nüchtern.

Der Verlagsförderungsfonds sollte nach dem Gesetz durch eine 3%-ige Abgabe auf allen neuen Büchern, die auf den Käufer überwälzt wurde, gespeist werden. Der Händler hatte sie nur einzuheben. Nach der mißglückten Besetzung der Kommission setzte sich das Unglück mit den Richtlinien für die Gewährung von Zuschüssen fort. Dem Gesetz nach sollten diese Zuschüsse es dem Verlag ermöglichen, den Ladenpreis wie bei den Deutschen, um 25% zu senken. Die Richtlinien aber machten eine nachzuweisende Konkurrenzierung mit einem reichsdeutschen Produkt zur Voraussetzung. Nun war vom Förderung und Schutz keine Rede mehr. Es handele sich um Entschädigung für nachweisbare Verluste. Kein Wunder also, daß nicht einmal 40% der Verlage in Österreich sich die Mühe machten, Anträge zu stellen. Nur: an den vorhandenen Fondsmitteln lag das nicht – so waren bis Februar 1938 die gigantische Summe von S 320.000 eingegangen. Es lag vielmehr an der schleppenden Behandlung von Anträgen. Fazit: Von 112 Ansuchen, d.h. für einzelne Bücher, wurden im ersten Geschäftsjahr ganze 14 bewilligt. Nicht einmal ein Drittel der Fondsmittel wurde bewilligt, geschweige denn ausgezahlt. So zufrieden waren die Herren in der Kommission mit ihrer Arbeit, daß sie gleich im Oktober 1936 anläßlich der *zweiten* Sitzung den Antrag auf Außerkraftsetzung des Fondsgesetzes stell-

<sup>28</sup> Ebenda, Ministerrats-Protokoll Nr. 1015 vom 30. November 1935.

<sup>29</sup> BGBl. 497/1935.

ten. Die Begründung: es sei zuwenig Geld vorhanden, und außerdem reichten die Mittel aus, Ansprüche im folgenden Jahr zu erfüllen. Daß fast S 200.000 nicht verbraucht wurden, wurde verschwiegen. Der Antrag wurde allerdings vom Handelsminister abgelehnt, und statt dessen wurde die Einhebung der Abgabe auf ewig sistiert. In der Praxis wurde das Gesetz eine lex Universal-Edition, also für den Musiknotenverleger, der das Geld am wenigsten gebraucht hätte. Von den ausbezahlten Fondsmitteln verschlang sie nicht weniger als 90%. Es war also verständlich, daß diese Praxis, die auf Interessenskollisionen zurückzuführen war, den Unmut der Buchhändler erregte. Belletristische Verleger bekamen, wenn überhaupt etwas, dann läppische 100 Schilling Beträge für ihre Werke. Was noch zum nicht öffentlich bekannten Skandal gehörte, war die zweck- und gesetzwidrige Verwendung der Mittel. Manche Kommissionsmitglieder waren eifrig bemüht, ihre Schäfchen ins Trockene zu bringen. Die Lobbyisten unter ihnen verstanden es, in die eigene oder in eine ihnen naheliegende Tasche abzuzweigen. Das Versagen des Verlagsförderungsfonds kann man in Zahlen ausdrücken: Zieht man von den ca. S 320.900 Gesamteingängen Posten wie gesetzwidrige Zuwendungen Zuschüsse an die Universal-Edition und Verwaltungsaufwand ab, bleiben ganze 6%, die zur Förderung österreichischer Verlage verwendet wurden. Zu den aus diesen 6% mit einem Zuschuß bedachten Werken gehörten F.K. Ginzkeys Gedichtband "Sternengast" und der Adalbert Stifter Almanach, aber auch ein 2-bändiges Buch über "Obstbau", eines über "Bekämpfung der Schädlinge" (völlig unpolitisch), eines über "Bienenzucht" und schließlich das Buch "Bergbauernbub" von einem Dompfarrer in Graz namens Rochus Kohlbach. Womit wir ungefähr am Niveau der ständestaatlichen Literatur- und Verlagsförderung angelangt sind. Übrigens ein Drittel der von Buchkäufern aufgebrauchten Mittel kassierte im Mai 1938 die Reichsschrifttumskammer. Von dieser Regierungshilfe konnten österreichische Verlage nicht gut leben ...

Spielte sich die gescheiterte Verlagsförderung intern ab, so spielten sich alle weiteren Erschwernisse in den Beziehungen 1935 zu Nazi-Deutschland ab. Obwohl ich auf die komplizierte Frage der Indizierung in Deutschland, Verbotswesen in Österreich und gegenseitige Verbote hier nicht eingehen kann, möge es genügen, festzustellen, daß Verbote das Leben belletristischer Verlage in Österreich kaum erschwerten.

Die Bindung Österreichs an einen deutschen, d.h. nationalsozialistischen Kurs in Folge des Juli-Abkommens 1936 zwischen Hitler und Schuschnigg machte vor der Kultur- und Literaturpolitik nicht halt. Abwehr war nun praktisch sinnlos, man konnte höchstens Zeit gewinnen, aber es fragt sich, wofür. Auf die Dauer müßte es unmöglich werden, Freundschaft mit den Nazis im Reich zu pflegen und feiern und den Austronazis gegenüber auf Kriegsfuß zu stehen. Österreich degradierte sich zum Diktatenempfänger und die auf den deutschen Markt angewiesenen österreichischen Verleger wurden Opfer von Schikanen, kalter Berechnung und einer unbeirrbareren Handels- und Wirtschaftspolitik in Nazi-Deutschland. Verbote waren nicht notwendig, um gewisse kulturpolitische (und wirtschaftliche) Ziele zu erreichen.

Um die Einfuhr österreichischer Bücher einzuschränken und in der "Hauptsaison" einen Mißerfolg zu garantieren, wurde der Verlag aufgefordert, das erste Exemplar eines neuerschienenen Werkes der RSK nach Leipzig zur Prüfung zu schicken. "Es fiel aber der Reichsschrifttumskammer nicht im Traume ein, das völlig un-

bedenkliche Buch zu prüfen, es blieb monatelang liegen, Weihnachten oder Ostern gingen vorbei und der österreichische Verleger konnte von Glück reden, wenn sein Buch *p o s t festum Gnade* fand. Dann war die Saison vorbei und der eigentliche Zweck dieses Hinhaltens erreicht!"<sup>30</sup> Das Vorlegen war selbstverständlich freiwillig. Nur wagte es der Kommissionär in Leipzig nicht – vor einer Prüfung – das Buch zu vertreiben. Um die Einfuhr überhaupt in den Griff zu bekommen, schuf man das sog. "Leipziger Loch". D.h. österreichische Verlage konnte nurmehr über die Kommissionäre in Leipzig, die unter der Diktatur des Propagandaministeriums standen, Bücher einführen. Bis dahin war der direkte Handel in allen Richtungen möglich gewesen. Oder man schuf eine neue Klasse von österreichischen Büchern, die nicht verboten worden waren, aber deren Verbreitung aus unerklärlichen Gründen schlicht "nicht angängig" war. Am Schlimmsten waren die Folgen aus der sog. Kontingentierung. Ohne auf das komplizierte System eingehen und die zwischenstaatlichen Abkommen erläutern zu können, kann man feststellen, daß die Bücher österreichischer Verlage nur im Rahmen eines festgesetzten Kontingents, für das deutsche Devisen bereitgehalten wurden, eingeführt werden konnten. Weder der Kommissionär in Leipzig noch der österreichische Verleger hatte einen Anspruch auf eine bestimmte Einfuhrmenge. Der Kommissionär mußte bei der sog. Überwachungsstelle für Papier um Devisengenehmigungen ansuchen. Der Verleger in Österreich hatte keine Ahnung, wie hoch sein Kontingent war und keine heimische Stelle Einblick in das Aufteilen des gesamten Kontingents. Daß aber das Kontingent ausgeschöpft sei, erfuhr man meist vor Weihnachten, als das Lager in Leipzig aufgestockt werden sollte. Durch dieses System, das das Transfer von Markbeträgen an die Nationalbank in Wien vorsah, konnte Deutschland ungenehme, mißliebige, vor allem in jüdischem Besitz befindliche Verlage vom deutschen Markt mehr oder weniger fernhalten und sie ruinieren. Und selbst wenn die Devisengenehmigung vorhanden war, dauerte es bis zu einem halben Jahr und mehr, bis der Verleger in Österreich im Clearingweg das Geld tatsächlich auf die Hand bekam. In umgekehrter Richtung erfolgten die Zahlungen sofort. Zusätzlich wurden dann die Erlöse österreichischer Verlage aus dem Verkauf in Deutschland ebendort eingefroren oder nur bedingt zugänglich gemacht, aber nicht zum Transfer. Sie konnten zeitweise nur verwendet werden, um Rechnungen im Reich zu begleichen. Hiefür mußte man trotz enormem Guthaben in Deutschland, Schilling gegen Mark in Wien eintauschen. Es gab aber einen Ausweg, der allerdings das graphische Gewerbe in Österreich schädigte und über kurz oder lang die Verlage kapitalmäßig aushungern mußte. Es wurde dem Verlag nämlich nahegelegt, Druck- und Bindeaufträge nach Deutschland zu vergeben, um die angelaufenen Guthaben abzubauen. Einige Verlage, wie z.B. der sonderbehandelte Bermann-Fischer-Verlag machten von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch. Das Resultat: deutsche Stellen konnten Verlagsprogramme indirekt beeinflussen und österreichische Wertschöpfung finanzierte die Arbeitsplatzsicherung in Nazi-Deutschland. Die Kontingentierung bei Büchern kann nur als Propagandamaßnahme aufgefaßt werden, weil der Bücherverkehr für Deutschland volkswirtschaftlich kaum ins Gewicht fiel und nicht die Ursache des chronischen Devisenmangels war. Im Gegenteil. Die österreichische Handelsbilanz mit Büchern war traditionell stark passiv, so daß

---

<sup>30</sup> "Glanz und Elend des österreichischen Buches." In: *Sturm über Österreich*, 22. August 1935, S. 5.

überhaupt kein Grund vorhanden war, Bücherimporte zu kontingentieren.

Es muß noch abschließend hervorgehoben werden, daß offizielle Stellen in Österreich im Interesse der Verlage auf dem deutschen Markt eine rege Aktivität entfalteten. In zwischenstaatlichen Kulturberatungen jedoch schreckten heimische Vertreter davor zurück, eine Konfrontation mit dem Deutschen zu suchen. Für eine Reihe von österreichischen Verlegern war der "Anschluß" der Anfang vom Ende. Für andere mußte "nach Tagen der Freude" die Nüchternheit erst eintreten. Für den Rest hatte sich gar nichts geändert. Nur mußte man das österreichische Lesepublikum z.T. umschulen und für Blubo-Kunst empfänglich machen. Denn unmittelbar nach dem "Anschluß" beklagten die Buchhändler, daß der Umsatz an Büchern rückläufig sei. Grund: die jüdischen Käufer boykottierten die Buchläden. Aber auch die Arier gingen nicht mit der neuen Zeit mit. Zitieren wir zum Schluß die Ansichten der kurz nach dem Anschluß gegründeten "Arbeitsgemeinschaft der Wiener N.S. Buchhändler der illegalen Kampfzeit":

Um den instinktlosen arischen Wiener vom Besuch jüdischer Buchhandlungen abzuhalten, erscheint uns die Aufstellung von SS-Posten vor solchen Geschäften zweckdienlich.

Und in Leipzig verkündete ein führendes Mitglied dieser ehrenwerten Gemeinschaft, ein Herr Rudolf Krey, dem verehrten Naziversammlung Mai 1938:

Nach Tagen der Freude sind wir Buchhändler aus der Ostmark zu Euch, liebe Fachgenossen, gekommen, um mit euch die Heimkehr unseres schönen Heimatlandes ins Reich zu feiern. (...) Aus diesen Tatsachen könnte ihr unsere Freude und unsere Begeisterung ersehen, die uns ergriff, als unser geliebter Führer endlich in unserem Lande ein Gewaltsystem beseitigte, die Deutsche nicht zu Deutschen kommen lassen wollte, (...) Angefeindet und verfolgt von volksfremden Subjekten, die den Namen Buchhändler nicht verdienten, mußten wir in diesen Jahren zusehen, wie unser Beruf systematisch zu einer Domäne heimatloser Gesellen gemacht wurde, mußten wir zusehen, wie diese Geschäftemacher von Herrn Schuschnigg und seinen Leuten gehegt und gepflegt wurden, damit sie ihre Kultur machen konnten. (*Börsenblatt*, Nr. 111, 21.5.1938, S. 415)

Die Kultur, die fortan gemacht wurde, ist hinlänglich bekannt. Und manche, die sie vertrieben, wurden Ehrenträger der Zweiten Republik.